

**Koalitionsvereinbarung**  
**SPD + DIE GRÜNEN + FDP**  
**2006 – 2011**

Darmstadt, 27. Juni 2006

# INHALTSVERZEICHNIS

Präambel: „Die Zukunft Darmstadts stärken“	3
Wirtschafts- und Stadtentwicklung	5
Finanzen, Personalentwicklung, Verwaltungsreform	7
Soziale Leistungen	8
Frauen, Gleichstellung, Gender Mainstreaming	13
Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungspolitik	14
Kulturentwicklung	15
Bau, Konversionsflächen, Wohnraum und Verkehr	19
Umwelt und Energie	24
Sport	25
Sicherheit und Ordnung	28

# **DIE ZUKUNFT DARMSTADTS STÄRKEN**

## **Erneuerung, Vernunft und Verlässlichkeit**

In der Tradition der Geschichte Darmstadts als weltoffene und tolerante Stadt, die den Prinzipien der sozialen Verantwortung, wirtschaftlicher Weitsicht und ökologischer Vernunft verpflichtet ist, haben die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP den Wählerwillen vom 26. März 2006 als Auftrag zur Bildung einer Koalition verstanden.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP verpflichten sich deshalb, in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung vertrauensvoll zusammen zu arbeiten. Nach sorgfältiger und intensiver Prüfung sind die drei Fraktionen zu der Auffassung gelangt, dass sie die politische Zukunft Darmstadts gemeinsam gestalten wollen. Ohne das jeweilige politische Profil zu verwischen, wollen wir die Koalition als Partnerschaft begreifen und nach besten Kräften gemeinsame Lösungen suchen. Darmstadt braucht verlässliche Mehrheiten.

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Die Stadt muss sich finanziell weiter konsolidieren und entschulden. Ihre Strukturen sind so fort zu entwickeln, dass ihre Zukunft sozial gerecht, wirtschaftlich stark und weltoffen gestaltet werden kann. Darmstadt zukunftsfähig zu machen, heißt zum einen, die wirtschaftlichen Entwicklungspotentiale zu erkennen, zu fördern und zu nutzen. Darmstadt zukunftsfähig zu machen heißt aber auch, Stadtentwicklungspolitik unter sich verändernden Rahmenbedingungen neu auszurichten. Dazu dient eine integrierte Stadtentwicklungsplanung, in der Arbeit, Soziales, Bildung und Betreuung, Wirtschaft, Umwelt und Kultur, Verkehr, Sport und bürgerschaftliches Engagement miteinander verknüpft sind.

Die Handlungsfähigkeit der Stadt hängt nicht zuletzt von ihrer Finanzausstattung ab. Allen Programmen, Zielen und Entscheidungen liegt daher der Grundsatz einer sparsamen, auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik zugrunde.

Die Partner tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats-, bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Unter Vorsitz des direkt gewählten Oberbürgermeisters werden dem Magistrat der Bürgermeister, der von der SPD gestellt wird, sowie vier hauptamtliche Stadträte angehören. Davon erhalten die SPD eine Position, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei und die FDP eine.

Die Partner verabreden feste Instrumente der Zusammenarbeit. Wir bilden einen Koalitionsausschuss. Regelmäßige Treffen zur Koordinierung der Arbeit, sowohl auf hauptamtlicher, wie auf ehrenamtlicher Ebene werden die vertrauensvolle Zusammenarbeit unterstützen. Eingebraachte Anträge werden von allen Partnern in allen Gremien gemeinsam getragen. Strittige Anträge werden im Koalitionsausschuss mit den Partnern abgestimmt.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die Haushalte der Legislaturperiode 2006 – 2011 einvernehmlich verabschiedet werden, und dass in Sachfragen sowie allen Haushalts- und Personalangelegenheiten wechselnde Mehrheiten in Magistrat und Parlament ausgeschlossen sind.

Darmstadt, im Juli 2006

## WIRTSCHAFT UND STADTENTWICKLUNG

1. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung für Darmstadt bilden eine untrennbare Einheit, die dezernatsübergreifend vorangetrieben wird. Ziel ist es, die Serviceorientierung für die Wirtschaft durch schnelle und unbürokratische Strukturen weiter zu verbessern.
2. Das Leitbild Wissenschaftsstadt ist entscheidende Basis und Anknüpfungspunkt aller Aktivitäten zur Wirtschafts- und Stadtentwicklung für Darmstadt. Das neue Wissenschafts- und Kongresszentrum „darmstadtium“ ist dabei ein entscheidender Baustein. Die Koalitionspartner leisten ihren Beitrag, das „darmstadtium“ zu einem Erfolgsmodell zu entwickeln.
3. Der Clusteransatz in der Wirtschaftsförderung wird als Zukunftsmodell fortentwickelt. Dies berücksichtigt auch die Erkenntnis, dass Wirtschaftsförderung die gesamte Wertschöpfungskette zum Arbeitsfeld hat – im speziellen Falle von Darmstadt also auch den Forschungs- und Entwicklungssektor. Als Kernkompetenzen der Darmstädter Wirtschaft werden Chemie/Pharma/Biotechnologie, IT, Software, Mechatronik, (Haar-) Kosmetik sowie Weltraum- und Satellitentechnik identifiziert. Die Koalition will als neue Felder der Clusterförderung den Gesundheitssektor und die regenerativen Energien verstärkt entwickeln und fördern.
4. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt beteiligt sich an der Galileo-Zentrum Hessen GmbH in Kooperation mit der ESA/ESOC, dem Land, der Technischen Universität Darmstadt und der Hochschule Darmstadt, um die Chancen aus Anwendungen des künftigen Navigationssystems für die Weltraum- und Satellitentechnik und den IT-Sektor vor Ort nutzbar zu machen. Es geht vor allem darum, neue Unternehmen für den Standort Darmstadt zu gewinnen und Firmengründungen in diesem Bereich zu unterstützen.
5. Zur Förderung von innovativen Existenzgründungen sollen private Sponsoren zur Bildung eines Risikokapitalfonds gewonnen werden.
6. Um im Stadtmarketing die Stärken Darmstadts als Oberzentrum voll ausspielen zu können, werden professionelle Strukturen mit dem Ziel einer größtmöglichen Einheitlichkeit geschaffen. Dazu zählt auch, spätestens nach Fertigstellung des 'darmstadtiums' die Bereiche Tourismus und Kongressmarketing zusammen zu führen und weiter zu professionalisieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist das zukünftige Citymarketing. Vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Konkurrenz der Oberzentren im Rhein-Main-Neckar-Raum sowie einer wachsenden Verkaufsfläche auf der so genannten Grünen Wiese muss der vielfältige Einzelhandels-, Dienstleistungs-, Gastronomie- und Kulturstandort City an den Rändern seines Einzugsgebiets intensiver

als bisher beworben werden, um neue Kundenströme anzuziehen und alte Besuchergruppen zu binden. Bei der Vermarktung der City und der Stadtteilzentren müssen insbesondere die Bedürfnisse kleinerer, inhabergeführter Geschäfte miteinbezogen werden.

7. Aus einer gestärkten regionalen Position heraus öffnet sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt für die Zusammenarbeit in der RheinMain- und Rhein-Neckar-Region. Dabei positioniert sich Darmstadt offensiv und selbstbewusst als „Wissenschafts-Forschungs- und Technologiezentrum“. Dies geschieht so weit als möglich in Abstimmung mit den Partnerlandkreisen in der Technologieregion Darmstadt RheinMain-Neckar (Region Starkenburg). Konkret formuliert Darmstadt das Ziel, Gesellschafter der Standortmarketinggesellschaft Frankfurt RheinMain und der Kulturregion Frankfurt RheinMain GmbH zu werden. Daraus leiten sich strategische Weichenstellungen für das Standortmarketing ab: Künftig setzt die Stadt auf eine Zweimarkenstrategie. Die Marke „Wissenschaftsstadt Darmstadt“ wird vorwiegend national und im europäischen Rahmen eingesetzt. Wo dies sinnvoll ist, findet „Frankfurt RheinMain“ auf internationalem Parket als Dachmarke Verwendung.
8. Darmstadt stellt sich in der Stadtentwicklung offensiv der Thematik des demografischen Wandels. Leitidee ist, die Chancen zu nutzen ohne die Risiken zu übersehen. Die Stadtpolitik wird die sich verändernde Alterstruktur der Bevölkerung berücksichtigen und praktische Schlussfolgerungen daraus ziehen.
9. Die Konversion der Kasernenareale stellt ein wichtiges Zukunftsprojekt der Stadtentwicklung und -planung dar. Wo dies die Lagesituation zulässt wird neben der Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen ein Schwerpunkt auf die Schaffung von neuen Wohngebieten gelegt. Vorrangiges Ziel ist es, Darmstadt noch attraktiver für junge Familien zu machen.
10. Es ist erklärtes Ziel der Koalitionspartner, in der so genannten Seveso-II-Problematik eine Entspannung zur Sicherung der Stadtentwicklungsmöglichkeiten und zum Wohle der chemischen Produktionsbetriebe am Standort, hier im speziellen der Merck KGaA, herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wird die Konzentration von wesentlichen Teilen der Stadtwirtschaft auf der Knell weiterhin befürwortet.
11. Die Koalition erkennt die Bedeutung von Handel und Handwerk für das städtische Gemeinwesen ausdrücklich an. Die Bestandspflege der Unternehmen am Ort ist zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Es ist deshalb ein strategisches Ziel, die Entwicklung der Einzelhandelsstrukturen in der City und in den Stadtteilen aktiv zu begleiten. Die wohnstandortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs bildet dabei einen Schwerpunkt. Dazu wird ein Zentrenkonzept für die

Gesamtstadt konzipiert, ergänzt durch eine spezielle Konzeptstudie zur Cityentwicklung. Bei Ansätzen zur Einrichtung von Interessengemeinschaften von Hauseigentümern und Gewerbetreibenden mit dem Ziel der Aufwertung von Einzelhandelsstandorten genießt das Prinzip der Freiwilligkeit Priorität. Die Einbeziehung insbesondere der kleinen Einzelhandelsbetriebe in einen Prozess zur Steigerung der Attraktivität unserer Innenstadt ist von entscheidender Bedeutung. Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge sollen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um die Bewerbung der hier ansässigen kleineren und mittelständischen Unternehmen vermehrt zu fördern. Das stärkt die Wirtschaft im Raum Darmstadt und führt damit auch zu höheren Steuereinnahmen für die Stadt.

12. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt leistet ihren Beitrag, um die Planungen für eine ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim mit dem Ziel voranzubringen, in Darmstadt einen ICE-Halt einzurichten.
13. Das Stadion der Stadt ist für die Identität Darmstadts unverzichtbar. Deshalb muss der Verein auch eine sportliche und wirtschaftliche Perspektive vor dem Hintergrund der notwendigen Auflagen für ein Fußballstadion haben. Soweit wie möglich, muss für einen Neubau oder eine Sanierung privates Kapital mobilisiert werden. Der Vermögenshaushalt der Stadt Darmstadt darf nicht belastet werden. Ausgenommen davon sind notwendige Sanierungsmaßnahmen für das Stadion. Auf der Grundlage der Prüfergebnisse der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Anträge werden die weiteren Schritte gegangen.

## **FINANZEN, PERSONALENTWICKLUNG, VERWALTUNGSREFORM**

- 1. Beteiligungen:** Für die nächste Wahlperiode wird angestrebt, die Beteiligungen der Stadt Darmstadt und die ihrer Töchter zu überprüfen und transparenter zu machen. Mit dem Aufbau des Beteiligungsmanagements soll dazu ein geeignetes kommunales Instrument geschaffen werden. Durch die Mobilisierung von Kapital, z.B. den Verkauf von Anteilen strebt die Koalition in erster Linie die Entschuldung des Haushalts an. Für einen Teil der Erlöse soll das Prinzip „Vermögen gegen Vermögen“ für Zukunftsinvestitionsprojekte verwirklicht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, verwirklicht werden. Der Kern der Stadtwirtschaft darf dabei nicht zur Disposition gestellt werden. Eine verstärkte Kooperation zwischen den Unternehmen der Stadtwirtschaft und der Kommune wird realisiert. Die Aufgabenverteilung zwischen Stadt und Töchtern ist neu festzulegen.
- 2. Verwaltungsreform/ Aufgabenkritik/ Personalentwicklungskonzept:** Die Anforderungen der Bürgerschaft an die Verwaltungen verändern sich. Gleichzeitig verändert sich aber auch der Aufgabenkanon kommunaler Verwaltungen. Diese Bedingungen mit den sich verschärfenden finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Darmstadt in Einklang zu bringen, wird unsere Aufgabe sein. Deshalb muss eine detaillierte Aufgabenkritik und Verwaltungsreform durchgeführt und die Konsequenzen benannt werden. Es soll daran weitergearbeitet werden, wie das Ziel einer leistungsfähigen dienstleistungsorientierten Verwaltung (Stichworte: Vor Ort, effizient, schnell, schlank, unbürokratisch) in der Personalentwicklung und Organisationsentwicklung unserer Stadt realisiert werden kann. Dazu muss eine Arbeitsgruppe konkrete Ziele erarbeiten. Ein Rahmenkonzept für die Personalentwicklung muss bis Ende 2006 vorgelegt werden. Darauf aufbauend soll in engem Zusammenwirken zwischen Personal- und Organisationsentwicklung bis Ende 2007 das Personalentwicklungskonzept mit konkreten Vorschlägen vorliegen.
- 3. Haushalt/ Steuern/ Gebühren:** Das Haushaltskonsolidierungskonzept muss fortgeschrieben und präzisiert werden, mit dem Ziel, dauerhaft ausgeglichene Verwaltungshaushalte zu erreichen und eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden. An den mittelstandsfreundlichen Hebesätzen für die Gewerbesteuer in Darmstadt wird festgehalten. Gleiches gilt für die Hebesätze der Grundsteuer B. Für die Festsetzung der Gebühren gilt grundsätzlich das Kostendeckungsprinzip. Die Gebührenhaushalte werden transparent dargestellt.

# SOZIALE LEISTUNGEN

Das soziale Netz ist in unserer Stadt gut und sicher. Die Koalition strebt an, ihre Sozialpolitik stärker als bisher vorsorgend zu orientieren.

Die Zuschüsse an die Träger, die im subsidiären System öffentliche Leistungen erhalten, müssen an Leistungskriterien gebunden werden. Wir streben an, mit allen Trägern Leistungsverträge abzuschließen, die auch qualitative und quantitative Zielvereinbarungen enthalten müssen und die evaluiert werden müssen, um gegebenenfalls zu Veränderungen zu führen.

## 1. Jugendhilfe

Die Schulsozialarbeit soll sozialräumlich ausgebaut werden. Die pädagogischen Aufgaben von Kindertagesstätten, Grundschulen und Jugendhilfe werden im Hinblick auf die Verwirklichung einer verbesserten Bildungs- und Erziehungsplanung erweitert.

## 2. Offene Jugendarbeit

Der hohe kommunale Einsatz für die offene Jugendarbeit wird weiterhin aufrechterhalten. Die Nutzung der Oetinger Villa durch das Jukuz und das städtische Jugendzentrum bleibt sichergestellt.

Das Jugendhaus Wixhausen wird am Standort der alten TSG-Turnhalle auf der Basis der vorgelegten Konzepte realisiert.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen wird sichergestellt.

## 3. Erzieherische Hilfen

Der Bereich der erzieherischen Hilfen ist einer intensiven, zielorientierten Prüfung mit dem Ziel einer effizienteren und effektiveren Leistungserbringung zu überprüfen.

## 4. Kommunale Beschäftigungspolitik

Darmstadt wird in der ARGE vollständig die Leitung und Verantwortung übernehmen, um den kommunalen Handlungsspielraum zu erweitern und aufgetretene Reibungsverluste mit der Agentur für Arbeit zu vermindern.

Das Maßnahme- und Erfolgscontrolling bei der ARGE muss ausgebaut werden, um klar zu erkennen, welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente den besten Effekt erzielen.

Der bisherige zurückhaltende Einsatz von Ein-Euro-Jobs wird beibehalten, muss aber – wie alle anderen Maßnahmen – im Erfolgscontrolling überprüft werden.

Wir streben an, dass bei der Entwicklung der ARGE und ihrer Maßnahmen sowie des Maßnahmecontrollings eine bessere Beteiligung von Unternehmen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Betroffeneninitiativen sichergestellt wird.

Soweit wie möglich sollen bei der Maßnahmeplanung lokale und regionale Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsträger berücksichtigt werden.

## **5. Jugendarbeitslosigkeit**

Darmstadt wird auch unter den Bedingungen des neuen Sozialgesetzbuchs II die kommunale Jugendberufshilfe weiterführen. Wir werden die Kooperationen zwischen der kommunalen Jugendberufshilfe, den Gremien des Jugendhilfeausschusses, der ARGE, der lokalen Agentur für Arbeit, den allgemein bildenden Schulen und den beruflichen Schulen mit der Zielsetzung einer Verbesserung des Übergangsmanagements für die jungen BerufseinsteigerInnen optimieren. Diese Kooperation soll in der AG 78 KJHG Bildung und Jugendberufshilfe bearbeitet werden.

Als kommunale Beiträge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen insbesondere die Projekte der Initiative Domäne Oberfeld und der Jugendwerkstatt Eberstadt vorangetrieben werden.

## **6. Soziale Stadt/Soziale Brennpunkte**

Die Soziale-Stadt-Projekte in Eberstadt-Süd und Kranichstein werden fortgeführt. Neue Fördermittel werden genutzt, wobei notwendige kommunale Co-Finanzierungen sichergestellt werden.

Die Sanierung der Sozialen Brennpunkte Akazienweg, Kirschenallee und Rodgaustraße wird fortgesetzt.

An allen Maßnahmen sollen maßgeblich Bürger beteiligt werden.

## **7. Drogenhilfe**

Die Drogenhilfe der Stadt wird fortgesetzt, wobei ein stärkerer Focus auf die Präventionsarbeit auch bei legalen Drogen gelegt werden soll.

## **8. Altenhilfe**

Schwerpunkte der kommunalen Altenhilfe werden Angebote für altengerechtes Wohnen, eine Ausweitung der Unterstützung für Demenzkranke, die Verbesserung der Situation für Pflegebedürftige und deren Familien sein.

Wir setzen uns für aktive Seniorenbetreuung und -beratung ein, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert.

Um die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt stärker zur Geltung zu bringen streben wir eine partizipative Stärkung der Rechte des Seniorenrats an.

## **9. Gesundheitspolitik**

Kommunale Gesundheitspolitik in Darmstadt heißt, Vorsorge zu treffen, mit dem Ziel, einer leistungsfähigen Infrastruktur, der Qualitätssicherung und der Wirtschaftlichkeit. Kommunale Gesundheitspolitik heißt aber auch, den präventiven Ansatz wirken zu lassen. Wir werden deshalb das Gesundheitsamt zu einem Zentrum der Information, Aufklärung und Prävention für Gesundheit machen. Dazu gehört beispielsweise der Beitritt Darmstadts zum Ring der „gesunden Städte“. In diesem Zusammenhang wird auch die Einrichtung eines Frauengesundheitszentrums geprüft.

Auf das Klinikum Darmstadt kommen in Zukunft große Herausforderungen zu. Nach Jahren der Kostendämpfung stehen strukturelle Veränderungen größeren Ausmaßes an. Ein besonderes Augenmerk ist im Zuge der demographischen Entwicklung auf die Gesundheitsversorgung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu legen. Dies gilt insbesondere für demenzkranke Menschen, für die eine entsprechende Versorgung in Wohngruppen und Wohnbereichen in Altersheimen weiter ausgebaut werden soll.

## **10. Kommunale Integrationspolitik**

Im Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Herkunft und Verschiedenheit bedarf es einer Integrationspolitik, die eine Teilhabe an unserer demokratisch verfassten Grundordnung sicherstellt.

In diesem gesamtgesellschaftlichen Prozess müssen sich Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, Kirchen, Vereine und Verbände beteiligen.

Dazu gehört eine Antidiskriminierungspolitik, Angebote zur Förderung der Sprachkompetenz, die schon im Kindergarten beginnt, sowie Angebote zur Betreuung und Pflege ältere Migrantinnen und Migranten.

Bei allen Angeboten und Maßnahmen ist darauf zu achten, dass entsprechende Freiräume und die Bewahrung der Identität entsprechend sichergestellt werden.

Die Arbeit des interkulturellen Büros wird fortgesetzt.

## **11. Menschen mit Behinderung**

Körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen bedürfen in besonderem Maße der Unterstützung und Zuwendung. Die Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung wird von den Koalitionspartnern als ein vorrangiges Ziel sozialer Politik angesehen.

Wir wollen einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass behinderte Menschen in Darmstadt arbeiten können. Deshalb erfüllt die Stadt als Arbeitgeber seit Jahren die Quote der Einstellung von Behinderten mehr als ausreichend. Dies wird so bleiben. Das Prinzip der Barrierefreiheit ist Ziel städtischer Politik.

## **12. Selbsthilfegruppen**

Selbsthilfegruppen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft, besonders in unserem Gesundheitssystem.

Die Arbeit, die eine ergänzende soziale Komponente ist und durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung charakterisiert ist, bedarf einer Anlauf und Koordinationsstelle.

Finanzielle Unterstützung kann nur zeitlich und materiell begrenzt erfolgen.

Der Charakter einer privaten Initiative muss gewahrt bleiben, das schließt die Übernahme in die Trägerschaft der öffentlichen Hand aus.

## **13. Politik gegen Rechts**

Wir werden auf politischer, bürgerschaftlicher und administrativer Ebene unseren Kampf gegen rechte Ideologien, gegen rechte Gewalt und neofaschistische „Argumente“ fortsetzen.

Darmstadt hat eine gute und lange Tradition der Toleranz und Weltoffenheit. Das Ergebnis ist eine Stadt, die sich einer lebendigen Internationalität erfreut.

Zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus werden wir Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit leisten. Wir werden die „Orte der Erinnerung“ lebendig halten und das Konzept weiter entwickeln. Die Aktion „Gesicht zeigen“ wird fortgesetzt.

## **FRAUEN, GLEICHSTELLUNG, GENDER MAINSTREAMING**

Wir wollen das Gender-Prinzip konsequent umsetzen und zur Anwendung bringen. Dazu bedarf es einer allgemeinen geschlechterspezifischen Analyse. Daraus resultierende Maßnahmen zielen auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Frauen- und Gleichstellungspolitik wird in Darmstadt als Querschnittsaufgabe verstanden, die sich in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Handelns niederschlägt.

Institutionalisierte Frauenpolitik hat Tradition in Darmstadt und ist Ausdruck demokratischer und chancenverwirklichender Stadtpolitik.

Folgende Punkte sind dabei unter anderem relevant:

1. Wir wollen das Berufswahlverhalten von Mädchen, sowie die berufliche Beratung von Frauen, insbesondere Berufsrückkehrerinnen stärken, um Arbeitslosigkeit zu reduzieren und qualifizierte Fachkräfte für Darmstadt zu gewinnen. Hierbei werden Maßnahmen wie Unterstützung von frauenspezifischen Bildungsträgern, Durchführung des Girls Day und ähnliche Instrumente eingesetzt.

Frauen- und familienorientierte Personalpolitik wird in Kooperation mit Darmstädter Unternehmen durch die „Servicestelle Beruf und Familie“ des Frauenbüros unterstützt. Es wird für das zertifizierte Audit „Beruf und Familie“ bei öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen geworben. Dabei steht eine familienbewusste Personalpolitik zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach dem Vorbild der Stadtverwaltung Darmstadt, der TUD, der IHK und anderen Unternehmen im Vordergrund.

2. Das „Bündnis für Familie Darmstadt“ wird durch konkrete Projekte, wie z. B. die Internetplattform „[www.familien-willkommen.de](http://www.familien-willkommen.de)“ und Projekte für Berufsrückkehrerinnen weiter entwickelt.
3. Zur Prävention von Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Jungen bedarf es der Sensibilisierung und der Öffentlichkeitsarbeit und sie ist Bestandteil von kommunaler präventiver Sicherheitspolitik.

## **BILDUNGS-, ERZIEHUNGS-, BETREUUNGSPOLITIK**

Es wird ein integriertes Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungskonzept erarbeitet in amts- und dezernatsübergreifender Planung mit aufgabenadäquater personeller Ausstattung. Dazu gehört die Einrichtung einer ständigen AG „Integrierte Schulentwicklungsplanung in staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft“ in Abstimmung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

1. **Investitionen in die Zukunft:** Wir streben an, die Schulbausanierung zu beschleunigen. Dabei soll die Möglichkeit der Kooperation mit privaten Unternehmen geprüft werden. Die Gymnasien sollen auch schulübergreifend durch den Ausbau von Aufenthaltsbereichen, Mensen, Cafeterien und Bibliotheken in ihrem Angebot verbessert werden. Der Gastschulbeitrag für Privatschulen wird auf 75 % erhöht, für weitere Erhöhungen sind Leistungsvereinbarungen abzuschließen, die mit der Auflage zur sozialen Integration verbunden sind. Das Projekt der internationalen Begegnungsschule wird hinsichtlich der Erweiterung um den vorschulischen Bereich überprüft.
2. **Betreuung und familienfreundliche Schule:** Wir wollen eine bedarfsorientierte Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuung an den Grundschulen, einschließlich der Ferienzeiten. Dazu ist eine Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse notwendig. Die Zuweisung erfolgt nach der Zahl der belegten Plätze. Wir wollen den schrittweisen Ausbau der Gesamtschulen zu vollwertigen Ganztagsangeboten. Das Programm „familienfreundliche Schule“ wird auf Grundschulen ausgeweitet.
3. **Kinderbetreuung:** Wir streben eine Flexibilisierung aller Kindertagesstätten in Darmstadt an. Die Betreuung der Kinder unter drei Jahren wird bis zu einer Versorgungsquote von 20 % ausgeweitet. Die KiTas erhalten eine zeitgemäße IT-Ausstattung für die Verwaltung und werden an das städtische Informationssystem angebunden. Es soll geprüft werden, wie eine höhere Selbstverantwortung der KiTas hinsichtlich der Ressourcenverwendung erreicht werden kann. Dazu werden Vernetzungsbestrebungen in Quartieren und Stadtteilen unterstützt. Wir streben die Erhöhung der Hortplätze entsprechend dem Bedarf an.
4. **Schulorganisation:** Wir wandeln die Arheilger Stadtteilschule entsprechend dem Votum der Schulkonferenz in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) um. Schulen brauchen eine höhere Selbstverantwortung. Durch eine Erhöhung der Verwaltungsressourcen sollen sie dabei unterstützt werden. Die Mittelzuweisung an Schulen soll in Abhängigkeit von deren sozialer und kultureller Integrationsleistung erfolgen. Der berufliche Schulentwicklungsplan wird fertig gestellt.

## **KULTURENTWICKLUNG**

Darmstadt ist nicht nur eine Stadt der Wissenschaften, der Innovation und hoher Wirtschaftskraft sowie Lebensqualität, sondern auch traditionell eine Stadt von Kunst und Kultur. Alle Kunstsparten haben hier seit Jahrhunderten eine Heimat, der Aufbruch in die Moderne Europas vollzog sich unter anderem vor hundert Jahren, der Neuanfang nach dem 2. Weltkrieg begann erneut mit Kunst und Kultur.

Dieses Erbe zu bewahren, aber auch die Förderung der vielfältigen Entwicklungschancen zeitgenössischer Literatur, Musik, Theater, bildender Kunst, neuer künstlerischer Ausdrucksformen und unkonventioneller Wege in der Kunst ist der feste Vorsatz der Koalitionspartner.

### **Kulturentwicklung und Kulturförderung in Darmstadt**

- Es wird ein Konzept zur mittel- und langfristigen Kulturförderung und Entwicklung der kulturellen städtischen Institutionen erarbeitet. Dabei sollen Entwicklungspotentiale erschlossen und neue Akzente gesetzt werden. Stärken und Vielfalt der Kultur werden einer Neubewertung unterzogen, dies gilt auch für die Kulturförderrichtlinien. Bei der Neufassung sollte nach Möglichkeit die Mittelzuführung an Institute erst nach erbrachtem Nachweis eines Jugendetats erfolgen. Eine inhaltliche Koordination aller kulturellen Aktivitäten soll aufgebaut werden.
- Das kulturelle Angebot soll im Hinblick auf seine lokale, regionale, überregionale und internationale Bedeutung eine Qualitätssteigerung erfahren.
- Aufgrund des demographischen Wandel sollen auch die kulturpolitischen Aktivitäten in Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie Senioren überprüft werden.
- Die Partner wollen eine Verbesserung der Kooperation zwischen städtischen Kulturinstitutionen und Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen des Landes.
- Wir wollen eine Neupositionierung Darmstadts in der Rhein-Main-Region
- Der kulturelle Auftritt der Stadt Darmstadt als bedeutendes Kulturzentrum in Hessen soll innerhalb der Metropolregion Rhein-Main gestärkt werden. Hierzu sollen Kooperationen aufgebaut und eine Strategie für den Beitritt zur Kulturregion Frankfurt Rhein-Main GmbH erarbeitet werden.

## **Neues Nutzungskonzept Darmstädter Schloss**

In Kooperation mit dem Land Hessen, der Technischen Universität Darmstadt, dem Landesamt für Denkmalpflege, dem Haus Hessen, (in Bezug auf das Schlossmuseum) dem Denkmalbeirat, den Ämtern für Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie der städtischen Denkmalpflege soll ein tragfähiges Konzept für eine neue Nutzung des Darmstädter Schlosses erarbeitet werden.

## **Entwicklung Mathildenhöhe**

Die Planung für die Nutzung der brachliegenden Flächen entlang des Olbrichweges soll eingeleitet sowie eine Verbesserung der Straßen- und Parkplatzsituation vorgenommen werden.

Ein Maßnahmenkatalog zur Durchführung und Restaurierung an den Außenanlagen soll erarbeitet werden.

Für den Erhalt und die Weiterentwicklung dieses Kulturdenkmals und seiner Aktivitäten soll über die Gründung einer Stiftung und/oder private Initiativen zur weiteren Finanzierung nachgedacht werden.

## **Räumliche Neuordnung von Kulturinstitutionen (Kulturrochade)**

Die vorgeschlagene räumliche Neuordnung (Kulturrochade) wird unter folgenden Zielsetzungen überprüft:

- Die enge kulturhistorische Verknüpfung des Instituts für Neue Technische Form mit Darmstadt soll sichtbar erhalten bleiben.
- Das Institut für Neue Technische Form und das Design Zentrum Hessen (DZH) sollen als Darmstädter Designeinrichtungen weiter bestehen bleiben.
- Während der Sanierung des Hessischen Landesmuseums soll in Abstimmung mit dem Land Hessen die Lagerung der Magazinbestände gewährleistet werden.
- Es soll geprüft werden, ob auf dem freien städtischen Gelände am Olbrichweg (östlich der Mathildenhöhe) die Errichtung eines Neubaus für das Poleninstitut möglich ist.

## **Stärkung des Design-Standortes Darmstadt**

Der Schwerpunkt Design soll für Darmstadt gesichert und aufgewertet werden. Dabei sind alle Möglichkeiten der Kooperation der Darmstädter Design-Institutionen mit dem Land Hessen, den Hochschulen Darmstadts, dem Haus Hessen und anderen privaten Initiativen zu erörtern und neu auszurichten.

## **Museen**

Die Kooperation städtischer Einrichtungen mit dem Hessischen Landesmuseum soll verstärkt werden. Die Stadt unterstützt während des Umbaus und bis zur Fertigstellung des Neubaus die Aufrechterhaltung der Präsenz des Hessischen Landesmuseums in der Stadt und in anderen kulturellen Einrichtungen.

In Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum soll über die bessere Nutzung des Hauses für Industriekultur gesprochen werden.

Im Zuge der Neunutzung des Darmstädter Schlosses soll an einer neuen Konzeption für das Schlossmuseum gearbeitet werden. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Haus Hessen, der Technischen Universität Darmstadt und dem Landesmuseum Darmstadt erfolgen.

## **Staatstheater**

Nach Abschluss der Sanierung des Staatstheaters gibt es die besondere Chance, die Bedeutung aller drei Sparten dieses Hauses für Darmstadt und die Region zu stärken und mit noch mehr Leben zu erfüllen. Das Staatstheater soll noch intensiver ein Ort der kulturellen Erfahrung für alle Bürger werden. Es müssen Initiativen ergriffen werden, um noch mehr neue und insbesondere junge Besucher zu erreichen.

Die Neugestaltung der Georg-Büchner-Anlage sowie die Sanierung der Tiefgarage sollen alsbald in Absprache mit dem Land Hessen durchgeführt werden.

## **Musikausbildung**

Die Stadt Darmstadt wird die Internationalisierung der Studiengänge an der Akademie für Tonkunst unterstützen.

Die Zusammenarbeit der Akademie für Tonkunst mit Schulen soll weiter verstärkt werden. Die Bedeutung der städtischen Musikakademie soll in der Öffentlichkeit stärker bekannt gemacht werden.

## **Literatur**

Die Bedeutung der Literatur, literarischer Institutionen, Vereinigungen und Organisationen, die sich um die Vermittlung von Literatur bemühen, soll gestärkt und verbessert werden.

Die Literaturpreise, die in Darmstadt vergeben werden, Georg-Büchner-Preis, Sigmund-Freud-Preis, Johann-Heinrich-Merck-Preis, Ricarda-Huch-Preis, Kranichsteiner Literaturpreis und weitere Auszeichnungen für literarische Arbeiten werden erhalten und gestärkt.

Die bisherige Nutzung des Literaturhauses soll überprüft werden, da ein zusammenhängendes und überzeugendes Gesamtkonzept im Hinblick auf Aktivitäten zur

Literatur fehlt. Die notwendigen baulichen Sanierungsmaßnahmen sollen durchgeführt werden.

### **Bildende Kunst**

Die Richtlinien für die Vergabe des Wilhelm-Loth-Preises (Darmstädter Kunstpreis) sollen überprüft werden. Die Zusammenarbeit mit der Kunsthalle Darmstadt in der Durchführung der noch ausstehenden Preisträgerausstellungen soll verstärkt werden.

Die Möglichkeit einer Ausweitung des räumlichen Angebots für bildende Künstler soll geprüft werden.

In Gesprächen mit der Darmstädter Sezession soll erörtert werden, in wieweit dauerhaft eigene Ausstellungsmöglichkeiten geschaffen werden können.

### **Freie Szene**

Die Freie Szene ist ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der Kulturstadt Darmstadt. Der besondere Stellenwert und die positive Entwicklung rechtfertigen das Engagement der Stadt. Die finanzielle Unterstützung, sowie die Unterstützung durch Sachleistungen für die Freie Szene wird erhöht. Die Frage der Personalsituation im Theater Mollerhaus ist dabei besonders zu berücksichtigen.

Die „Centralstation“ wird mit ihren vielfältigen Angeboten weiterhin unterstützt.

### **Jugendkultur**

Einrichtungen, die sich in den Bereichen der Kinder- und Jugendkultur engagieren, sollen verstärkt gefördert werden. Sie sollen zu engerer Zusammenarbeit mit den Schulen angeregt werden. Dies gilt insbesondere auch für Angebote von Jugendtheatern, Museumspädagogik und frühmusikalischer und bildnerischer Ausbildung.

# **BAU, KONVERSIONSFLÄCHEN, WOHNRAUM UND VERKEHR**

## **Planung**

Planung und Entwicklung in der Stadt soll für die Bürgerinnen und Bürger transparent, nachvollziehbar und bürgernah sein.

Die Instrumente kooperativer Planung, unter Einbeziehung gemeinsamer öffentlicher Kolloquien, Werkstattverfahren und Rahmenplanungen sollen weiter ausgebaut werden.

Durch Beteiligung der Beratungsgremien wird der Sachverstand von Organisationen und Experten einbezogen.

Planungsbegleitende Beiräte mit Einbeziehung von Interessensgruppen und Initiativen sowie Naturschutz- und Verkehrsverbänden haben sich bei Großprojekten sowohl bei der Suche nach den besten Lösungen als auch bei der Vermittlung in die Bevölkerung sowie bei der politischen Meinungsbildung eindeutig bewährt.

## **Stadtentwicklung**

Die Koalitionsparteien wollen kommunalpolitische Entscheidungen weiterhin an den Zielen „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Regionaler Agendaprozesse“ orientieren. Agenda 21-Ansätze aus der Bürgerschaft sind dezernatsübergreifend schrittweise zu entwickeln und umzusetzen.

Flächenrecycling, Stadtumbau und städtische Dichte gehen vor weiteren Flächenverbrauch im Außenbereich.

Die Konversion der Starkenburgkaserne sowie der US-Liegenschaften wird durch Bebauungspläne frühzeitig städtebaulich geordnet, wobei die Nutzungsschwerpunkte unterschiedlich sein können und die Verkehrsanbindung gesichert sein muss. Die ökologische und energiesparende Bauweise wird als Standard angestrebt.

Für Gebiete, in denen in den nächsten Jahren Stadtentwicklung betrieben wird (Konversionsflächen), wird die Stadt Anreize schaffen, dort Wohnungsbau mindestens im Passivhausstandard zu realisieren. Hierzu wird eine Facharbeitsgruppe entsprechende Rahmenbedingungen erarbeiten.

Die Maßgaben des Klimaschutzkonzepts werden geprüft und ämterübergreifend bearbeitet. Das erfolgreiche Konzept, geeignete Dächer von Gebäuden der Stadt und des Stadtkonzerns gemeinsam mit der NaturPur Energie AG für Investoren und Bürgerkraftwerke für die Solarnutzung zur Verfügung zu stellen, wird fortgesetzt.

Ziel ist vorrangig die Erschließung von Wohnraum, so weit die gegebenen Parameter dies zulassen.

Dem Strukturwandel in der Bevölkerung (Alterung der Gesellschaft) wird durch Einführung eines Demographie-Checks für künftige Vorhaben Rechnung getragen.

Es sollen sowohl Wohnraum für junge Familien, als auch Angebote für qualitativvolles Wohnen in der Innenstadt geschaffen werden.

Für die Innenstadt ist ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das die Innenstadt sowohl als Ort für Handel und Dienstleistung sowie der Freizeitgestaltung stärkt, als auch die Lebensqualität der Menschen verbessert. Dazu gehören insbesondere folgende Einzelprojekte:

- Neugestaltung des Friedensplatzes/Ernst-Ludwig-Platzes zu einer großzügigen Platzeinheit. Mit Aufenthaltscharakter unabhängig von gastronomischen/kommerziellen Angeboten einschließlich eines Angebots für Kinder.
- Erstellung eines städtebaulichen Konzeptes für das Schloss und das Schlossumfeld in enger Abstimmung mit den zukünftigen Nutzungen durch die Technische Universität.
- Städtebauliche Aufwertung des City-Bereichs zwischen Schloss und Kongresszentrum unter Einbindung des offen zu legenden Darmbachs.
- Das Sanierungskonzept der Mollerstadt wird schrittweise vorangebracht. Ziel ist die Steigerung der Lebensqualität unter Beibehaltung preiswerter Wohnmöglichkeiten und die gewerbliche Nutzung in den Erdgeschossen.

Im Westen der Stadt liegt ein Schwerpunkt des Stadtumbaus. Dafür ist bis 2009 ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Ziel ist eine möglichst hochwertige Nutzung der Flächen. Die Konzentration von wesentlichen Teilen der Stadtwirtschaft auf der Knell wird weiter befürwortet.

## **Verkehr**

Nur durch fortgesetzte Information und Kommunikation können der schwierige Interessenausgleich und die stadtverträgliche Zukunftsentwicklung durch intelligenten Mix der Verkehrsformen auch weiterhin gelingen. Das Verkehrsforum ist daher auch in der Umsetzungsphase des Verkehrsentwicklungsplans weiter zu führen und ergänzende Untersuchungen durch zu führen.

Das Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans 2015 soll umgesetzt werden. Ein Sonderprogramm Verkehrsentwicklung ist aufzulegen und eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung sicherzustellen, um zumindest die Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs bis 2015 abwickeln zu können. Bei allen Maßnahmen ist zu prüfen, ob die Ziele des Verkehrsentwicklungsplans erfüllt werden.

Die Nord-Ost-Umgehung ist zur Baureife zu bringen. Alle Instrumente zur Sicherung der Maßnahme im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans werden ergriffen. Einvernehmen herrscht zwischen den Koalitionspartnern über:

- auf die planfreie Anbindung von Heinrichstraße und Aschaffener Straße an die Hanauer Straße wird verzichtet
- die derzeitige Pförtnerrampe an der Einmündung der Aschaffener Straße in die Hanauer Straße wird beibehalten

Über die folgenden Punkte herrscht zwischen den Koalitionspartnern Dissens:

- Verzicht auf den vierstreifigen Ausbau zwischen Heinrichstraße und Ostbahnhof
- Planfreie Anbindung der Nord-Ost-Umgehung an den Martin-Luther-King-Ring ohne Abzweig in den östlichen Teil des Martin-Luther-King-Rings und ohne Anbindung der Marburger Straße
- Entlastung des Darmstädter Ostens vom Lärm, z.B. durch Einhausung der Hanauer Straße zwischen Kreuzung Heinrichstraße und Ostbahnhof

Im Laufe der Legislaturperiode werden Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Der Bau der Nord-Ost-Umgehung ist mit Maßnahmen an den verkehrsentlasteten Straßen zu verbinden.

Mit der Planung der Nord-Ost-Umgehung werden die Planungen der wohnqualitätsverbessernden Maßnahmen durch anwohnerverträgliche Umgestaltung der von der Nord-Ost-Umgehung entlasteten Straßen unmittelbar begonnen. Hierbei ist die Bedeutung der Straßen für das Verkehrsnetz zu berücksichtigen.

Zu den Maßnahmen gehören u.a. die stadtverträgliche Optimierung des

- City-Ringes, mit den Zielen, die Trennungswirkungen zu lindern, ein ebenerdiges Querensystem zu ermöglichen und den Radverkehr auf Holzstraße/Kirchstraße in beiden Richtungen zu ermöglichen
- Spessart-/Rhönrings.

Der Umbau der Frankfurter Landstraße zu einer Stadtteilerschließungsstraße in Arheilgen und der Herstellung der Zweigleisigkeit der Straßenbahn bis zum Ortsausgang ist auch als Maßnahme des Feinstaub-Aktionsplans zügig umzusetzen.

Das Stadtteilzentrum Arheilgen im Bereich Hofgasse kann nur durch den Umbau der Frankfurter Landstraße gestärkt werden.

Die Auswirkungen des Feinstaubaktionsplans sind zu evaluieren.

Die Steuerungselemente für die stadtverträgliche Gestaltung des ruhenden Verkehrs werden optimiert, z.B.:

- Parkraumbewirtschaftung
- Nutzung privater Parkhäuser wie z.B. TU-Parkhaus
- Einschränkungssatzungen
- Modellversuch für kostenloses Parken für einen Zeitraum von 30 Minuten in

ausgewählten Bereichen der Innenstadt und den Stadtteilen mit anschließender Evaluation

- Überprüfung, ob die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch private Dienstleister erfolgen kann
- Einführung eines dynamischen Parkleitsystems unter Nutzung der Entwicklungen moderner Informationstechnologie

Bei der langfristigen Weiterentwicklung der Lichtsignalsteuerung in Darmstadt sollen die Möglichkeiten einer flexibleren Gestaltung der Priorisierung geprüft werden. Dabei wird über den Grad der Bevorrechtigung unter Abwägung der Auswirkungen auf alle betroffenen Verkehrsteilnehmergruppen im Steuerungsablauf mit dem Ziel einer allgemeinen Optimierung des Verkehrsablaufs entschieden werden.

Die wechselseitige Anerkennung von Ausnahmegenehmigungen (Handwerkerblock) für das Parken von Handwerkern und sozialen Dienste wird befürwortet.

Die Koalition erkennt die Wichtigkeit des Liefer- und Entsorgungsverkehrs für den Wirtschaftsstandort Innenstadt an und stellt diesen nicht in Frage. Der innerstädtische Lieferverkehr ist dabei jedoch mit den Zielen der Qualitätsverbessernden Maßnahmen, insbesondere der Lärm- und Emissionsreduzierung in der Innenstadt, in Einklang zu bringen. Die Partner erachten insoweit die Einführung eines City-Logistik-Systems zur Optimierung und Verbesserung der Güterkreisläufe in der Stadt als eine der Möglichkeiten, beide Ziele verträglich zu verknüpfen. Daher sind gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer die Möglichkeiten der Einführung eines solchen Logistik-Systems zu überprüfen. Dies schließt die Überprüfung von Möglichkeiten der weiteren Einrichtung von Ladehöfen und Ladezonen zur Erweiterung der unterirdischen Andienung der Innenstadt mit ein.

Durch den Aufbau eines Fahrzeugpools für den städtischen Fuhrpark soll eine Optimierung der Nutzung städtischer Fahrzeuge und eine damit einhergehende Reduzierung des Gesamtfahrzeugbestandes der Stadt verwirklicht werden.

Das in der Landesplanung und Regionalplanung beschlossene Ziel der ICE-Anbindung Darmstadts muss nach Auffassung der Gebietskörperschaften der Region Starkenburg und der Wissenschaftsstadt Darmstadt über den Hauptbahnhof Darmstadt mit entsprechender Streckenführung parallel zur BAB 5, bzw. BAB 67 stattfinden, in der Variante IIIa oder IV.

### **Wohnungsbau und Wohnungsbestand**

Der soziale Wohnungsbau soll weiter durch jährliche städtische Mitfinanzierung auf dem bisherigen Niveau gesichert werden. Ein Teil dieser Mittel soll verwendet werden für die Sanierung im Bestand in Verbindung mit dem Ankauf von Belegungsrechten.

Dabei wird die Stadt Darmstadt weiterhin alle zur Verfügung stehenden Fördermittel in Anspruch nehmen und mit der kommunalen "Spitzenförderung" für den Neubau / Erhalt von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen sorgen.

Die Modernisierung der Wohnungsbestände der 50er/60er Jahre des letzten Jahrhunderts ist eine soziale und ökologische Herausforderung: Dauerhafte Vermietbarkeit der Wohnungen, zeitgemäße Wohnstandards, Energieeinsparung – angesichts steigender Energiepreise ein absolutes Muss – und die Bewahrung von Freiflächen sollen realisiert werden.

Der ökologische Mietspiegel als Instrument für transparente Mieten und Heizkosten ist unverzichtbar.

Es soll insbesondere durch die Bauverein AG geprüft werden, wie Mieten für besonders einkommensschwache Haushalte und Personen auch unter Mietspiegelniveau gehalten werden können.

### **Schulbausanierung**

Die finanziellen, baulichen und logistischen Herausforderungen, die sich aus der Reduzierung der Laufzeit des Schulbausanierungsprogramms ergeben, sind nach Möglichkeit gemeinsam mit den Kräften der freien Wirtschaft zu bewältigen. Daher sind alle Möglichkeiten der Einbeziehung privaten Kapitals und privater Unternehmen durch die Umsetzung von Public-Private-Partnership-Modellen zu überprüfen und nach Möglichkeit zu realisieren. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Berufsschulzentrums.

# UMWELT UND ENERGIE

Darmstadt ist eine Großstadt im Grünen. Umweltschutz ist Daseinsvorsorge. Nachfolgenden Generationen wollen wir eine intakte Stadt übergeben. Dabei wollen wir uns von dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zum Schutz der Naturgüter Boden, Luft und Wasser leiten lassen.

## 1. Gartenanlagen und Parks

Die historischen Parks, Gärten und Grünflächen kennzeichnen seit jeher das Bild unserer Stadt. Das Programm Gärten und Parks soll mit Priorität Herrngarten, Orangerie, Rosenhöhe und Mathildenhöhe schrittweise umgesetzt werden. Private Initiativen werden einbezogen. Die Erich-Ollenhauer-Promenade wird im Zusammenhang mit dem Neubau des Darmstadtium neu gestaltet.

Die Freilegung des Darmbachs (zusammen mit Meiereibach) ab dem Botanischen Garten wird nach den Vorgaben des Regierungspräsidenten (Erlass vom 10.11.04) bis zum Herrngartenteich durchgeführt. Angesichts der anstehenden Gebührenerhöhungen soll geprüft werden, inwieweit der weitere (westliche) Teil bis zur Einleitung in den Landwehrkanal realisiert werden muss.

Die im Waldzustandsbericht aufgedeckten Schäden werden schrittweise saniert.

## 2. Luftreinhaltung und Lärminderung

Im Falle der Überbelegung einzelner Linien des städtischen Busverkehrs sollen geprüft werden, wie im Bedarfsfall Zusatzverkehre zu organisieren sind.

Im Rahmen der Luftreinhalteplanung für das Rhein-Main-Gebiet wird der Aktionsplan für Darmstadt schrittweise umgesetzt und fortgeschrieben. Auf der Grundlage einer noch zu erwartenden bundesgesetzlichen Regelung soll die Ausweisung einer Umweltzone mit Fahrerlaubnis für emissionsarme Fahrzeuge geprüft werden. Die Begrünung der Hügelstraße am Ausgang des City-Tunnels soll – unter Einbeziehung von Sponsoren – geprüft werden. Die Lärminderungsplanung wird fortgeschrieben.

## 3. Energieeinsparung/ Klimakonzept

Die Förderung der Energieeffizienz im Gebäudebestand insbesondere bei der Sanierung städtischer Gebäude ist wichtigstes Ziel der Umweltpolitik.

Der Energiebedarf städtischer und privater Gebäude ist so weit wie möglich zu senken.

Eine zukunftssichere Energiepolitik ist Grundlage einer langfristig erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Durch Maßnahmen zum Energiesparen und durch die effiziente Nutzung regenerativer Energien wie Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme/ Geothermie soll die Stadt Darmstadt dazu einen Beitrag leisten. Bei der Steigerung der

Energieeffizienz sind Contracting-Modelle zu prüfen und umzusetzen. Darüber hinaus leistet Darmstadt damit zum Schutz von Luft und Klima einen Beitrag.

Die Stadt wird auch weiter ihren Beitrag in jetzigen Umfang für die Energieberatung der Verbraucherzentrale Darmstadt als unabhängiger und nichtkommerzieller Anbieter leisten.

#### **4. Flughafen Frankfurt**

Die Koalitionspartner SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind in der Frage des Ausbaus des Frankfurter Flughafens unterschiedlicher Meinung. Die Partner sind sich dagegen einig in der Umsetzung der Auflagen aus der Mediation.

Die Koalition wird überprüfen, an welchen laufenden und neuen Rechtsstreitigkeiten sich die Stadt Darmstadt im Hinblick auf die Beeinträchtigungen von Wohngebietsausweisungen beteiligen will.

Die Koalition will darauf hinwirken, dass die bestehende Fluglärmbelastung im Norden Darmstadts durch veränderte Abflugverfahren geändert wird.

Für das Abstimmungsverfahren in der Planungsversammlung gibt es keine Absprachen.

## **SPORT IN DARMSTADT**

Sport ist in Darmstadt traditionell ein wichtiger Standortfaktor, der entscheidend zur Lebensqualität und damit zur Attraktivität unserer Stadt beiträgt. Darmstadt versteht sich als Sportstadt, gekennzeichnet durch die Vielfalt und Vielseitigkeit an Angeboten und Möglichkeiten zur generationsübergreifenden sportlichen Betätigung vom Breiten- bis zum Hochleistungssport. Sport fördert die Integration, die Lebensfreude und die Gesundheit und liefert somit unverzichtbare Elemente für eine positive Persönlichkeitsentwicklung gerade bei Kindern und Jugendlichen. Maßgeblichen Anteil daran haben die Vereine mit ihren ehrenamtlichen Kräften, deren Arbeit das Fundament einer zukunftsorientierten und erfolgreichen Sportpolitik bildet.

### **1. Die gesellschaftliche Rolle des Sports:**

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt unterstützt die Bildung eines Netzwerkes „Sport, Bewegung und Gesundheit“ und trägt damit einen konkreten kommunalen Anteil zur Gesunderhaltung der Bevölkerung bei. Vorhandenen und weiterzuentwickelnden Konzeptionen zum Thema „Integration“ durch Sportangebote und Sportorganisationen steht die Wissenschaftsstadt Darmstadt offen und unterstützend gegenüber. Projektarbeit wird entsprechend gefördert und durch kommunale Instanzen, Ämter und Einrichtungen in der Zusammenarbeit unterstützt. Das Bild der Wissenschaftsstadt Darmstadt nach innen und außen wird durch attraktive Veranstaltungen – auch im Sport – geprägt. Sowohl bewährte unterschiedliche sportliche Termine wie das Sport- und Spielfest, Stadtlauf, internationale Schwimm-, Triathlon- oder Tenniswettkämpfe müssen aufrechterhalten werden. Weiterhin sollen neue, den Standort Darmstadt repräsentierende national und international ausgerichtete Sportveranstaltungen zielgerichtet in das Stadtentwicklungskonzept eingebunden werden.

### **2. Sportförderung:**

Auf der Grundlage der Kooperation mit den Vereinen, dem Sportkreis 33 und der Sportkommission werden die städtischen Sportförderrichtlinien mit dem Ziel der Neufassung ab dem Jahre 2007 fortgeschrieben, novelliert und ergänzt.

Die Ergebnisse der Sportentwicklungsstudie werden in konkrete Maßnahmen gefasst und zukunftsorientiert für die Darmstädter Sportlandschaft umgesetzt.

Die Stadt Darmstadt unterstützt und fördert die Kooperation von Vereinen im Hinblick auf die gemeinschaftliche Nutzung von Sportflächen und Sportanlagen.

### **3. Sportstätten:**

Bürgerpark Nord: Mit der Neugestaltung und der Ergänzung der Ausstattung der Weitsprunganlagen wird der letzte und abschließende Bauabschnitt im Leichtathletikleistungszentrum im Bürgerpark Nord vollendet.

Radsportleistungszentrum:

Gemeinsam mit dem Land Hessen fördert die Stadt Darmstadt die bauliche Entwicklung der Radrennbahn an der Heidelberger Straße zum hessischen Radsportleistungszentrum.

Jugendstilbad:

Der Umbau des Jugendstilbades in Darmstadt mit moderner Badekultur in historischem Ambiente wird mit dem Ziel der Öffnung im Jahre 2007 weiter vorangetrieben.

## SICHERHEIT UND ORDNUNG

Darmstadt ist eine sichere Stadt. Das Empfinden und die Erkenntnis, angstfrei und sicher in Darmstadt leben und wohnen zu können, tragen maßgeblich zu den hervorragenden Standortwerten und dem guten Ruf unserer Stadt bei.

Zur Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung sind Information und Transparenz unerlässlich. Die Koalitionspartner verständigen sich deshalb auf einen sachlichen und vorurteilsfreien Umgang mit dem Thema Sicherheit, bei dem folgende Aufgabenstellungen und Handlungsansätze kommunaler Sicherheitspolitik besondere Berücksichtigung finden:

- Die Kommunikation und Kooperation zwischen Polizei und städtischen Sicherheits- und Ordnungssysteme soll verbessert und verstetigt werden. Hierzu zählt beispielsweise der weitere Einsatz von Bereichspolizisten in den Stadtteilen.
- Die erfolgreiche Arbeit des 1992 ins Leben gerufenen Kommunalen Präventionsrats – unterstützt durch die AG Sicherheit – wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Wir setzen auf den präventiven Einsatz der Polizei vor Ort und machen keinen Gebrauch von der Möglichkeit des freiwilligen Polizeidienstes.
- Initiativen zur weiteren Verbesserung der Sicherheit von Frauen in öffentlichen Räumen werden unterstützt (hier besonders Parkplätze und öffentlicher Personennahverkehr).
- Die Stadt wird weitere Bestrebungen unternehmen, die Honorierung der Zivilcourage zu unterstützen.
- Neben dem Thema Sicherheit und Ordnung darf natürlich auch die Sicherheit im Brand- und Katastrophenfall nicht unerwähnt bleiben. Die Feuerwehren, ob Berufs- oder Freiwillige Feuerwehr, leisten eine hervorragende Arbeit bei Bränden, Unfällen und anderen Katastrophenereignissen. Aber auch ihr vorbeugender Einsatz ist unverzichtbar. Deshalb muss auch künftig ein Hauptaugenmerk auf die ausreichende Ausstattung der Feuerwehren gelegt werden, damit deren Ausrüstung und Verfassung für die ständige Einsatzbereitschaft.